

BREXIT, HANDELSKONFLIKTE, NATIONALISMUS

Für ein starkes Europa

Es sind unruhige politische Zeiten, die der deutschen Wirtschaft zu schaffen machen. Ein weiterhin unberechenbarer Brexit, ungelöste Handelskonflikte, wirtschaftliches Machtstreben großer Nationen – all das erhöht den inneren und äußeren Druck auf Europa. Jedes Mitglied der Staatengemeinschaft spürt das. Die drängendste Aufgabe der EU besteht darin, ein gemeinsames Vorgehen gegenüber anderen Großmächten sicherzustellen. Was die Europäische Union hierfür dringend braucht, sind stabile Strukturen und eine verlässliche Kooperation seiner Mitglieder.

Innere und äußere Herausforderungen für die EU

Ein starkes Europa ist in unser aller Interesse. Der EU-Binnenmarkt sorgt für Wohlstand und Wachstum in Europa; er fördert Handel und Investitionen und sichert Arbeitsplätze. Die Mitgliedstaaten tun gut daran, in Wirtschaftsfragen mit einer Stimme und einer starken Währung aufzutreten. Gemessen an der globalen Wirtschaftsleistung ist der EU-Binnenmarkt der größte gemeinsame Wirtschaftsraum weltweit. Diese Stärke sollte die EU auf internationaler Ebene bei Wirtschafts- und Finanzfragen nutzen.

Die Vielzahl akuter innerer und äußerer Herausforderungen lässt die Unsicherheit im europäischen Wirtschaftsraum jedoch wachsen. Die deutsche Wirtschaft spürt diesen Druck bereits. Auch die hiesige Chemie steht vor einem schwierigen Jahr, wie aktuelle Zahlen des VCI belegen: Die Konjunktur in der chemisch-pharmazeutischen Industrie hat im Jahresverlauf 2018 deutlich an Fahrt verloren. Die nachlassende Nachfrage von industriellen Kunden in Deutschland und Europa zwang die Unternehmen dazu, ihre Produktion zu drosseln. Für 2019 geht der VCI sogar von einem Rückgang der Chemie-Produktion um 3,5 Prozent aus.

Europawahl so wichtig wie nie

Die Europawahl Ende Mai könnte eine Zäsur für die Zukunft Europas werden. Wir setzen darauf, dass die rund 400 Millionen Wahlberechtigten in den 27 EU-Mitgliedsländern (ohne Großbritannien) sich der Bedeutung ihrer Stimme und der Tragweite ihres Votums bewusst sind.

» Ein starkes Europa ist in unser aller Interesse. Wir werben für ein #JazuEuropa. «

Klaus-Peter Stiller,
BAVC-Hauptgeschäftsführer

#JAZUEUROPA

Wahlen zum EU-Parlament	2
DCDA: Themensprint Europa	4
5 Fakten zur Europawahl	5

NACHHALTIGKEIT

Lieferketten-Gesetz droht	6
---------------------------	---

SOZIALPOLITIK

Betriebsrenten gerecht verbeitragen	7
-------------------------------------	---

BRANCHE

Branchendialog Chemie	8
-----------------------	---



WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Europa ist unsere Zukunft

Die Europäische Union ist ein weltweit einzigartiges Projekt, das seit siebenzig Jahren die Rahmenbedingungen setzt, um Frieden, Freiheit und Wohlstand auf dem Kontinent zu sichern. Dank unseres europäischen Binnenmarktes können Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren – für viele heute eine Selbstverständlichkeit. In Zeiten von globalen Unsicherheiten und zahlreichen innereuropäischen Herausforderungen sind wir mehr denn je dazu angehalten, diese Errungenschaften zu verteidigen. Jeder Einzelne sollte sich dafür stark machen, dass so viele Wähler wie möglich #JazuEuropa sagen.

Was uns wichtig ist

Der europäische Binnenmarkt bildet seit 25 Jahren die Grundlage für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Als stark vernetzte Branche ist die Chemie- und Pharmaindustrie auf den europäischen Markt angewiesen. Deutsche Unternehmen der Branche exportierten 2017 Waren im Wert von 106 Milliarden Euro in die EU – das sind rund 55 Prozent der gesamten Chemie-Exporte. Gleichzeitig importierten sie Güter im Wert von über 82 Milliarden Euro aus den anderen Mitgliedstaaten. Weniger Europa, etwa durch die Ausweitung von Grenzkontrollen oder Handelszöllen, würde massive Schwierigkeiten für unsere Industrie und ihre Hunderttausenden Beschäftigten nach sich ziehen.

Dank der höheren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch den EU-Binnenmarkt konnten die sozialen Unterschiede in Europa verringert und damit der Wohlstand von 500 Millionen Menschen gesteigert werden. Seit 1992 liegen die durchschnittlichen jährlichen Einkommensgewinne in Deutschland pro Einwohner bei 450 Euro.

Der digitale Binnenmarkt sollte zügig vollendet werden, um den freien Verkehr von Daten zu ermöglichen. Zugleich braucht es einen beweglichen Rahmen, der neue Geschäftsmodelle und Beschäftigungsformen ermöglicht. Die Sozialpartner benötigen ausreichend Spielraum, um den Übergang in die digitale Arbeitswelt reibungslos zu gestalten. Auch bei der Digitalisierung muss die EU Vorreiter werden.

STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



» Unser gemeinsames Europa steht vor erheblichen Herausforderungen. Dabei ist und bleibt die europäische Integration der Schlüssel für eine gute Zukunft unseres Kontinents. Einzelnationen drohen im globalen Wettlauf um Macht und Einfluss unter die Räder zu kommen. Die Europäische Union bündelt unsere Kräfte und verbessert unsere Chancen, erfolgreich zu sein – politisch, kulturell und ökonomisch. Die Europawahl am 26. Mai ist eine gute Gelegenheit, Ja zu einem starken Europa zu sagen.



Wenn europäische Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Digitalisierung selbst gestalten, können wir ein neues Kapitel der europäischen Erfolgsgeschichte schreiben.

Gleichzeitig stehen wir vor weiteren großen Herausforderungen: Der demografische Wandel wird den Fachkräftemangel in Deutschland und vielen anderen EU-Mitgliedstaaten verschärfen. Dank der Arbeitnehmerfreizügigkeit leben und arbeiten heute 17 Millionen EU-Bürger in einem anderen Mitgliedstaat. Hiervon profitiert vor allem der deutsche Arbeitsmarkt.

Es bedarf jedoch weiterer Anstrengungen, um den beruflichen Wechsel zu vereinfachen: Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer brauchen einfachere Strukturen und einen verbesserten Zugang zu Informationen über die Arbeitsrechtsordnungen anderer EU-Staaten. Die Arbeitsmobilität innerhalb der EU wird jedoch nicht ausreichen, um den Fachkräftebedarf zu decken. Die Blue Card der EU muss bekannter werden, um akademisch und beruflich qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten gewinnen zu können.

Subsidiarität achten – Mehrwert schaffen

Eine Grundfrage der Europäischen Union lautet: Was regeln die Mitgliedstaaten selbst und wann werden die EU-Institutionen tätig? Ein Handeln seitens der EU ist überall dort nötig, wo dies einen klaren Mehrwert bietet. Für die chemische Industrie bestehen die Kernaufgaben in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Entwicklung hin zu einem echten Akteur der Weltpolitik. Außerdem können zu globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Terrorismus oder Migration nur auf supranationaler Ebene Lösungsansätze erarbeitet werden.

In der Arbeits- und Sozialpolitik setzen die europäischen Verträge hingegen klare Grenzen: Die EU unterstützt und ergänzt lediglich in bestimmten Bereichen; die Hauptzuständigkeit liegt bei den Mitgliedstaaten. Es ist nicht zielführend, soziale Unterschiede per »one size fits all« über EU-Regulierungen auszugleichen. Für weitere soziale Konvergenz unter den Mitgliedstaaten braucht es vielmehr Strukturreformen, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den einzelnen Ländern erhöhen. Nur was vorher erwirtschaftet wird, kann später verteilt werden.

Sozialen Dialog stärken

Der soziale Dialog der chemischen Industrie zeigt, dass Sozialpartner schnell handeln und praxisingerechte Lösungen finden können. Auf europäischer Ebene sollten die Sozialpartner daher noch stärker in den Gesetzgebungsprozess im Bereich Arbeit und Soziales eingebunden werden. Hierfür bedarf es einer verstärkten Zusammenarbeit mit der EU-Kommission. Auf Basis unseres starken sozialpartnerschaftlichen Dialogs werden sich die Chemie-Arbeitgeber weiterhin intensiv und konstruktiv im sektoralen sozialen Dialog in Brüssel einbringen – ab Mai 2019 auch mit BAVC-Hauptgeschäftsführer Klaus-Peter Stiller als neuem Präsidenten des europäischen Chemie-Arbeitgeberverbandes ECEG.

Ein gutes Beispiel für den sozialen Dialog ist das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt »Auswirkungen von Innovation und digitalem Wandel auf die chemische Industrie«. Damit konnten etwa durch eine europaweite Studie wertvolle Ergebnisse auch für die politische Arbeit auf nationaler Ebene gewonnen werden.

AUTORINNEN: KATHARINA GÖBEL, ELISA HENSEL | **BILD:** FOTOLIA

LINKTIPP

Die Chemie-Arbeitgeber sagen #JazuEuropa und werben gemeinsam mit der Europäischen Bewegung Deutschland für einen proeuropäischen Wahlentscheid.

www.netzwerk-ebd.de

ANSPRECHPARTNERINNEN



Katharina Göbel
Leiterin Europabüro Brüssel

Europäische und internationale Sozialpolitik

katharina.goebel@bavc.de



Elisa Hensel

Europäische und internationale Sozialpolitik

elisa.hensel@bavc.de

DIE CHEMIE. DEIN ARBEITGEBER.

Neuer Themensprint »Europa« gestartet

Neues Top-Thema auf unserer Website für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Seit Kurzem beschäftigt sich »Die Chemie. Dein Arbeitgeber.« – die Infoplattform der Chemie-Arbeitgeber für die Beschäftigten der Branche – mit der Bedeutung Europas für unsere Industrie.

Was das neue Dossier bietet

Widerlegte Europa-Mythen, Interviews und Statements (#JazuEuropa), Artikel und Reportagen sowie Infografiken zeigen, wie bedeutend ein starkes und geeintes Europa für die chemische Industrie und ihre Beschäftigten ist. Wir stellen dar, welche Errungenschaften, Freiheiten, Sicherheiten und Vorteile Europa seinen Bürgern bietet und welche Rolle Europa für die chemische Industrie in Deutschland spielt. Beschäftigte (und Branchenfremde) können so nachvollziehen, wie bedeutend Europa und die Europawahl für die deutsche Wirtschaft, für die chemische Industrie, die Arbeitgeber und die Beschäftigten sind. Zudem wird deutlich, wie sich unsere Branche für die europäischen Werte und Freiheiten einsetzt und wie die Europäische Union die Chancen sichert, erfolgreich zu sein – politisch, kulturell und ökonomisch.

In Unternehmensreportagen beschreiben wir, wie grenzüberschreitendes Arbeiten aussieht. Wir zeigen auf, wie wichtig die Europawahl ist, wie und was genau gewählt wird und welche Auswirkungen die Wahlergebnisse auf die chemische Industrie und ihre Beschäftigten haben könnten. Ergänzt wird unser Themenschwerpunkt durch Interviews mit Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), und Katharina Göbel, Leiterin des BAVC-Europabüros, sowie durch Zitate von Vorständen aus Dax-Unternehmen, von Verbandsvertretern und von Geschäftsführern aus KMU mit einem klaren Ja zu Europa.

Informationsangebot für die Beschäftigten

Mit dem neuen Themendossier »Europa« wollen wir Antworten liefern, Hintergründe und Positionen der Arbeitgeber erklären. Die Beiträge zu ausgewählten Schwerpunkt-Themen – wie zuletzt zur Attraktivität der Branche, Chemie-Tarifrunde oder Digitalisierung – sind ein Angebot der Chemie-Arbeitgeberverbände für die Unternehmen der Branche, um sie in ihrer Kommunikation gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu unterstützen.

Die einzelnen Inhalte des Themendossiers können vielseitig in der Unternehmenskommunikation eingesetzt werden – sei es als redaktioneller Beitrag im Intranet, in der Mitarbeiterzeitung oder als Link in den sozialen Netzwerken. Das mit Unterstützung der IW Medien realisierte Informationsangebot setzt auf digitale Kommunikations- und Verbreitungskanäle. Stärker als in der Vergangenheit wollen die Arbeitgeber Verständnis für unternehmerische Entscheidungen und Positionen schaffen und die Leistungen der Branche für ihre Mitarbeiter herausstellen.

AUTORIN: REBECCA WILHELM | GRAFIK: IW MEDIEN



ARBEITGEBER-APP

Aktuelle Positionen der Arbeitgeber zu den wichtigsten Themen aus Politik und Arbeitswelt direkt aufs Smartphone: Laden Sie sich die App »Die Chemie-Arbeitgeber« herunter.



5 Fakten zur Europawahl

508 MILLIONEN

Bürger werden durch das Europäische Parlament repräsentiert.
Nach dem Brexit wären es noch rund 450 Millionen.

705 ABGEORDNETE

bilden das neue Europaparlament,
knapp 50 weniger als bisher.

5 JAHRE

dauert eine Legislaturperiode des
Europäischen Parlaments.

42,6 PROZENT

betrug die Wahlbeteiligung 2014 europaweit.
In Deutschland lag sie etwa fünf Prozentpunkte
darüber.

26.5.

ist der Wahltag in Deutschland.
EU-weit findet die Wahl zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 statt.



AKTIONSPLAN FÜR WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

Lieferketten-Gesetz droht

Eigentlich sollte es »nur ein Testballon« sein. So oder so ähnlich hat Entwicklungsminister Gerd Müller versucht, die Wogen zu glätten, nachdem ein in seinem Haus erstellter Gesetzentwurf im politischen Berlin für Unruhe sorgte. Der Entwurf sollte den von der Bundesregierung am 21. Dezember 2016 verabschiedeten »Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte« (NAP) konkretisieren. Dieser sieht vor, dass Unternehmen die Menschenrechte entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten achten.

Die Bundesregierung prüft jährlich den Umsetzungsstand anhand von Stichproben. Ziel ist es, dass bis 2020 mindestens die Hälfte aller Unternehmen in Deutschland mit mehr als 500 Beschäftigten die im NAP beschriebenen Elemente menschenrechtlicher Sorgfalt in ihre Unternehmen integriert haben. In den Jahren 2019 und 2020 werden Stichproben von rund 2000 Unternehmen erhoben. Wird das Ziel nicht erreicht, sollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, gesetzliche Maßnahmen greifen.

Position der Chemie-Arbeitgeber

Der BAVC hat dieses Thema im Rahmen von Chemie³ frühzeitig aufgegriffen und sich in die Entwicklung eines Leitfadens für nachhaltiges Lieferkettenmanagement eingebracht. Mit der Veranstaltung »Nachhaltigkeit in der Lieferkette« wird Chemie³ zudem am 9. April in Frankfurt über aktuelle Anforderungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit dem NAP informieren, das Chemie³-Unterstützungsangebot zum Umgang mit dem Thema »Lieferkette« vorstellen und einen Erfahrungsaustausch mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis ermöglichen.

Ob gesetzliche Regelungen wirklich zu »ethisch einwandfreien« Lieferketten führen, ist aus unserer Sicht mehr als fraglich. Schließlich sind Lieferketten hochkomplexe, mehrstufige Systeme. Zielführender scheint es da, freiwillige Branchenansätze wie Chemie³ zu unterstützen und diese als Good Practice für die Wirtschaft insgesamt hervorzuheben.

AUTOR: KARIM ABDALLA | FOTO: FOTOLIA

CHEMIE³
DIE NACHHALTIGKEITSINITIATIVE
DER DEUTSCHEN CHEMIE

Die Initiative wird gemeinsam getragen von Arbeitgeberverband (BAVC), Gewerkschaft (IG BCE) und Wirtschaftsverband (VCI).

Mehr Infos unter

www.chemiehoch3.de



DOWNLOAD

Den Leitfaden für nachhaltiges Lieferkettenmanagement in mittelständischen Unternehmen können Sie ebenfalls hier herunterladen:

www.chemiehoch3.de

ALTERSVORSORGE

Betriebsrenten gerecht verbeitragen

Für Betriebsrenten fallen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung Sozialbeiträge an. Seit 2004 müssen Betriebsrentner generell den vollen Beitragsatz abführen, also Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag. Vielfach ist hierbei von »Doppelverbeitragung« die Rede. Gemeint sind damit unterschiedliche Sachverhalte.

Echte und ...

Zum einen wird von Doppelverbeitragung gesprochen, wenn sowohl in der Ansparphase als auch während des Rentenbezugs Sozialbeiträge erhoben werden. Die Einzahlungen wurden dann aus Einkommen geleistet, von dem bereits Sozialbeiträge gezahlt wurden. Es liegt eine »echte« doppelte Verbeitragung vor.

Hierzu kommt es vor allem bei der pauschalversteuerten Entgeltumwandlung aus laufendem Einkommen, bei echten Eigenbeiträgen sowie jährlichen Beiträgen zu einer Pensionskasse, einem Pensionsfonds oder einer Direktversicherung von mehr als 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (West).

... gefühlte doppelte Verbeitragung

Zum anderen wird oftmals schon generell die Tatsache als Doppelverbeitragung bezeichnet, dass Betriebsrenten bei der Auszahlung mit dem vollen Satz verbeitragt werden. Vielfach sind die Einzahlungen im aktiven Erwerbsleben aber zum Beispiel im Rahmen einer Entgeltumwandlung aus beitragsfreiem Einkommen erfolgt. Sofern der Arbeitgeber dabei in der Ansparphase eine Sozialversicherungsersparnis weitergegeben hat – was zu einer höheren Einzahlung und Betriebsrente führt – liegt hier nur eine »gefühlte« doppelte Verbeitragung vor. Der Zeitpunkt der Beitragszahlung wird hier nur auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Chemie-Arbeitgeber fordern Abschaffung

Die Zahlung von Sozialbeiträgen sowohl in der Anspar- als auch der Auszahlungsphase bei derselben Leistung muss künftig vermieden werden. In einigen Fällen ist eine entsprechende Gesetzesänderung bereits erfolgt. Aber auch die weiter bestehenden Konstellationen einer »echten Doppelverbeitragung« sind nicht zu rechtfertigen. Sie müssen schon aus systematischen Gründen ein Ende haben.

Die betriebliche Altersversorgung muss aber insgesamt attraktiver werden. Sie muss gefördert und nicht nur beitragsrechtlich gerecht behandelt werden. Deswegen ist ein Ende auch der »gefühlten Doppelverbeitragung« richtig und wichtig. Anderenfalls bleiben die politischen Bekenntnisse zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung einschließlich der beitragsfreien Entgeltumwandlung oder der verpflichtenden Weitergabe einer Sozialversicherungsersparnis der Arbeitgeber Lippenbekenntnisse.

Änderungen an der Verbeitragung müssen dabei praktikabel gestaltet und für Beschäftigte, Arbeitgeber und Sozialversicherung verkraftbar sein. Vor allem dürfen sie nicht nur zu einer reinen Verschiebung von Belastungen bei denselben Zahlern (den Beschäftigten und Arbeitgebern) führen, denn das wäre keine Förderung. Diese Förderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ihre Finanzierung muss entsprechend aus Steuermitteln erfolgen.

AUTOREN: LUTZ MÜHL, ANNE AUGUSTIN

ANSPRECHPARTNER



Lutz Mühl | Geschäftsführer

Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de



Anne Augustin

Soziale Sicherung, Sozialrecht

anne.augustin@bavc.de



Die Chemie im Gespräch mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier

BRANCHENDIALOG CHEMIE

Innovationskraft durch Weiterbildung

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) engagiert sich in hohem Maße gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) im Rahmen des »Branchendialogs Chemie«, der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ins Leben gerufen wurde. Wie in den Jahren zuvor wurden Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts festgelegt. Schwerpunkte der Fachgespräche in 2017-2018 waren neben der Chemikalienregulierung und dem Pflanzenschutz auch die Innovations- und Energiepolitik, wobei sich der BAVC insbesondere zum Themenkomplex »Arbeitswelt 4.0« eingebracht hat.



Den vollständigen Monitoringbericht finden Sie unter www.bmwi.de

Eigenverantwortung stärken

Mit dem Bundeswirtschaftsministerium besteht Einigkeit darüber, dass der Weiterbildung der Beschäftigten angesichts des digitalen Wandels eine besondere Bedeutung zukommt. Nur durch eine Steigerung der fachlichen Eigenverantwortung der Mitarbeiter und maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote der Unternehmen kann die Innovationsfähigkeit erhalten und die Produktivität der Betriebe verbessert werden.

BAVC und IG BCE setzen sich für eine ganzheitliche Ausgestaltung der künftigen Arbeitswelt unserer Branche ein. Auf diese Weise soll ein Gesamtsystem attraktiver Arbeitsbedingungen geschaffen werden, das sich in die bewährte Struktur der Tarifverträge einfügt. Auf Basis des 3. Monitoringberichts, der im März von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vorgestellt wurde, soll im Rahmen des Branchendialogs parallel weiter an den passenden Rahmenbedingungen gearbeitet werden.

AUTORIN: SILKE STELTSMANN | FOTO: BAVC

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. (BAVC) | Abraham-Lincoln-Straße 24 | 65189 Wiesbaden
 Internet: www.bavc.de | Kontakt: info@bavc.de | www.twitter.com/BAVChemie. Verantwortlich: Klaus-Peter Stiller.
 Redaktion: Sebastian Kautzky, Markus Hesse, Christopher Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen. Piktogramme in dieser Ausgabe: sdecoret / Stock.Adobe.com, phillipes / Stock.Adobe.com